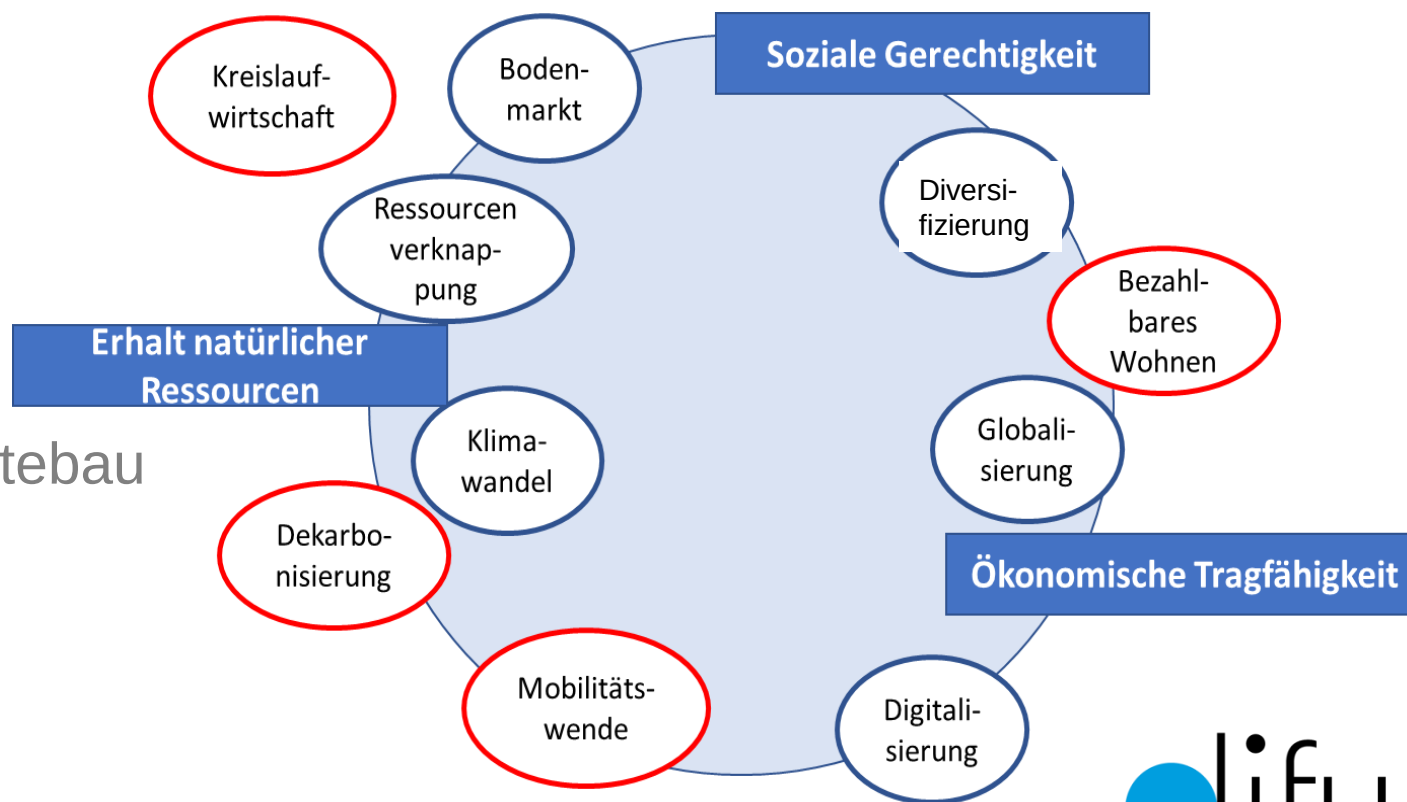


Herausforderungen im Städtebau und Städtebaurecht

Erfahrungsaustausch Städtebau
des DStGB

Prof. Dr. Arno Bunzel



Schlaglichter auf Herausforderungen für Städte und Gemeinden im Städtebau

Klimawandel

➤ Starkregen, Überflutungen, Hitzetage, Phasen von Trockenheit werden zunehmen.

Hieraus folgt:

- Transformation zur Schwammstadt mit Rückbau versiegelter Flächen
- Umbau der Entwässerungssysteme
- Dach- und Fassadenbegrünungen
- klimaangepasste Bepflanzung von Straßen und Plätzen



Energiewende

- Energieversorgung ohne Treibhausgase bis 2050/2045

Hieraus folgt:

- Ende des Verbrennungsmotors
- Umbau des Gebäudebestandes
- Modernisierung und Erweiterung von Nah- und Fernwärmenetzen
- Ausbau Erneuerbarer Energie (Solardächer, Erdwärme, Windkraft etc.)
- Wärmerückgewinnung auch bei öffentlicher Ver- und Entsorgung

European Green Deal

- bis 2050 keine Netto-Treibhausgase
- Entkoppelung des Wachstums von der Ressourcennutzung
- weder Menschen noch Regionen im Stich lassen
- Klimaschutzgesetz

Klimaschutzgesetz des Bundes

- bis 2030: 65 % weniger CO₂
- bis 2040: 88 % weniger CO₂
- 2045: Klimaneutralität (bislang 2050)
- Zulässige jährliche CO₂-Emissionsmenge für einzelne Sektoren wie Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr oder Gebäudebereich werden abgesenkt.

Mobilitätswende

- MIV ist nicht nur ein Lärm- und Schadstoffproblem, sondern in den Ballungsräumen auch ein Flächenproblem.

Hieraus folgt:

- differenzierte Erfordernisse und Strategien für Stadt und Land
- Modal Split muss in den Städten zugunsten von ÖPNV, Rad-, Fußverkehr verschoben werden.
- Umbau der Verkehrsflächen (Synergien mit Klimaanpassungserfordernissen etc.)
- Verbesserung/Gewährleistung der Erreichbarkeit mit ÖPNV auch in ländlichen Regionen



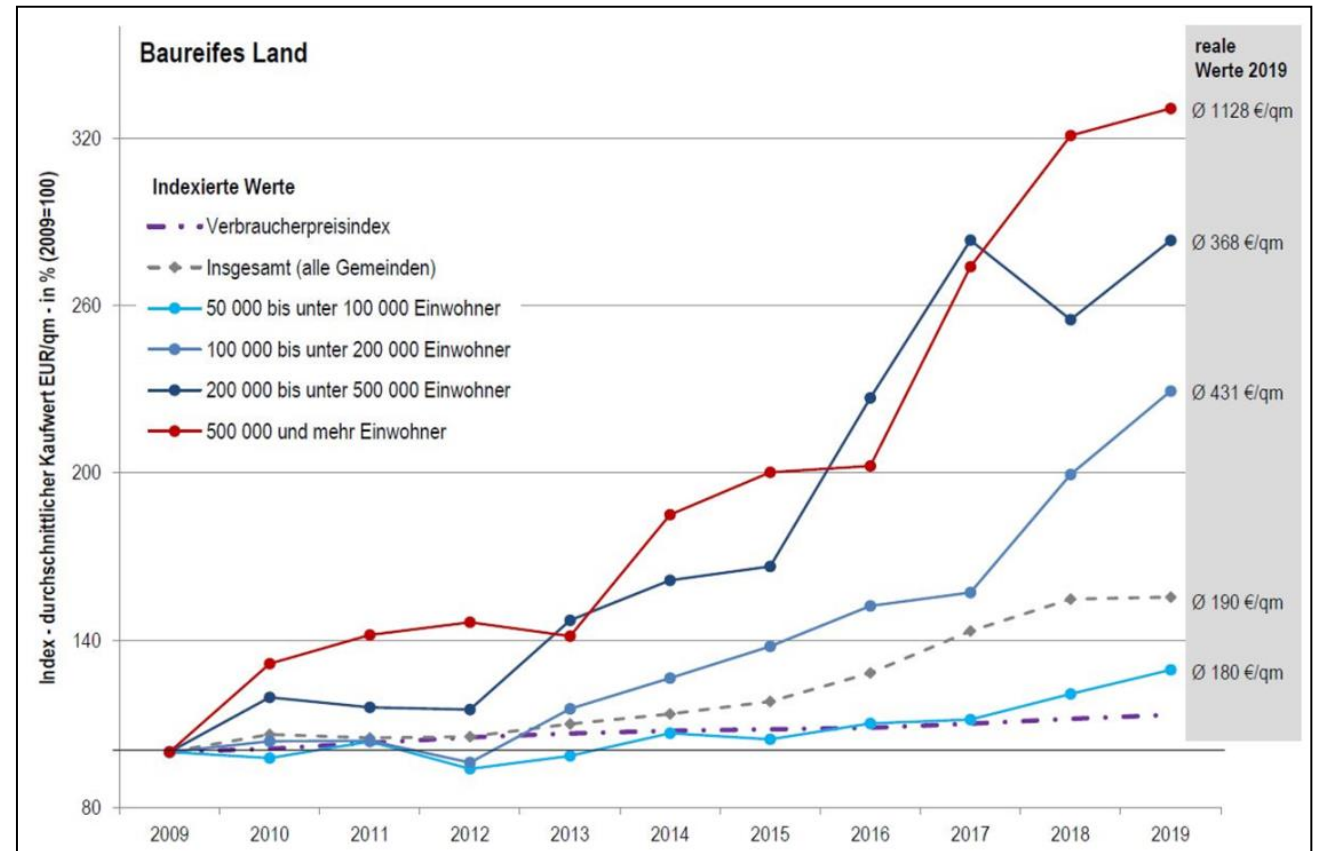
Quelle: Stadt Essen

Boden als Fundament von Stadt- und Gemeindeentwicklung

- Boden ist bei zunehmendem Nutzungsdruck (Landwirtschaft, Städtebau, Naturschutz) knapp und wird sich weiter überproportional verteuern.

Hieraus folgt:

- Bodenpreise belasten öffentliche Haushalte bei der Daseinsvorsorge (Infrastruktur, KdU, Wohngeld).
- Verfügbarkeit von Flächen für bauliche Nutzungen schwindet.
- Nachverdichtung, Wiedernutzung von Brachen, Baulücken mobilisieren.
- Erweiterung des kommunalen Flächenportfolios (Flächenbevorratung)
- Entwicklung von Mechanismen zu Dämpfung der Bodenpreise



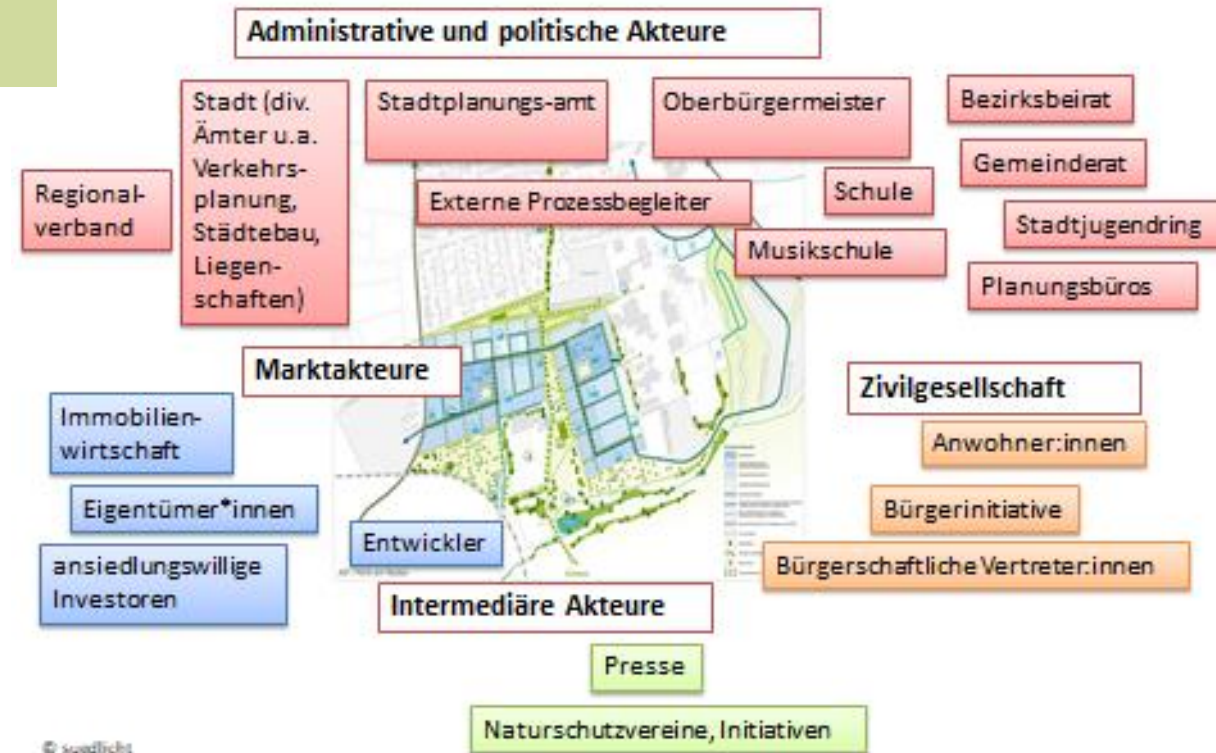
Erosion der verfassten Kommune

- Entscheidungsfindung und effektives Handeln trotz Vertrauensverlust der öffentlichen Hand, zunehmendem Populismus, wachsendem Selbstbewusstsein der Zivilgesellschaft, Diversifizierung der Parteienlandschaft.

Hieraus folgt:

- Überprüfung der Prinzipien der Entscheidungsfindung an der Schnittstelle von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
- Leitlinien für den Umgang mit der Öffentlichkeit (insb. Klärung der Verantwortung des Rates)

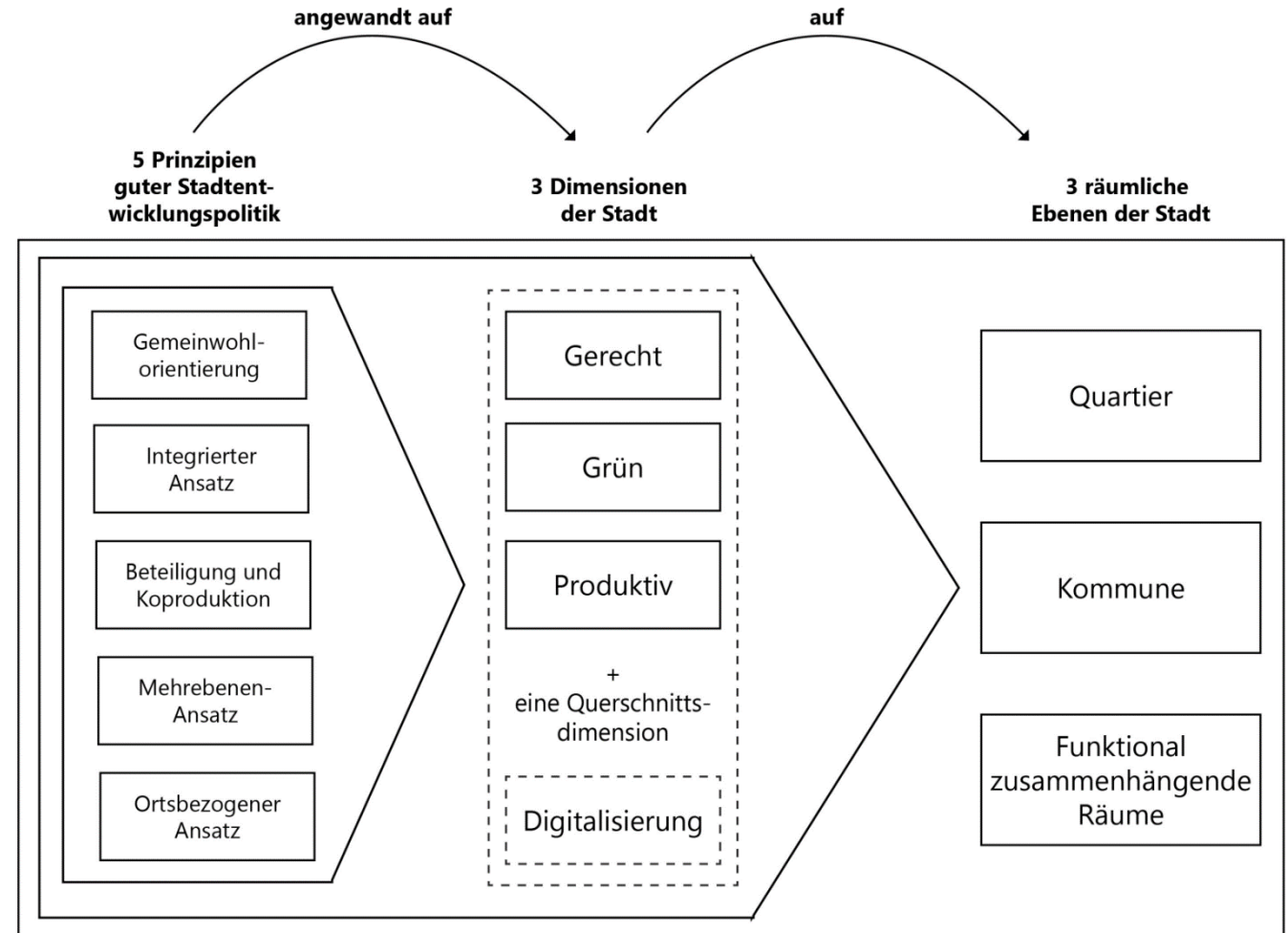
Beispielhafte Akteurslandschaft



Programmatischer Rahmen

Neue Leipzig Charta

- „... Dabei gilt es, die transformative Kraft von Städten in den Fokus zu rücken. **Die Anpassungsfähigkeit der Städte an sich verändernde Rahmenbedingungen soll gestärkt werden, um so sicherzustellen, dass aktuelle und zukünftige Herausforderungen bewältigt und Chancen des Wandels genutzt werden können.** Dazu zählen die Folgen des Klimawandels ebenso wie Pandemien. ...“



Quelle: BBSR

Memorandum für Urbane Resilienz

>>> 10 Handlungsempfehlungen

1. Strategie der urbanen Resilienz aufbauen
2. Bestehende Leitbilder weiterentwickeln
3. Regionale Zusammenarbeit verbessern
4. Flexible Governance-Strukturen ermöglichen
5. Zivilgesellschaftliches Engagement fördern
6. Potenziale der Quartiersebene nutzen
7. Resiliente Infrastrukturen und Gesundheitsvorsorge schaffen
8. Digitale Infrastruktur und Datensouveränität sicherstellen
9. Zentren neu programmieren
10. Öffentlichen Raum und Mobilitätswende resilient gestalten

Internationaler Kontext

New Governance model

The Urban Agenda for the EU represents a new governance model, involving all levels of government and stakeholders more closely at all stages of European and national urban policy cycles.

Urban issues are on the EU agenda

The Urban Agenda for the EU supports EU policy-makers in understanding the important role of cities

Europe closer to citizens

Cities are the shortest link between Europe and its citizens. Through the Urban Agenda for the EU the distance between Europe and its citizens has been reduced

Enhanced national and regional urban policy-making

The Urban Agenda for the EU inspired some Member States and regions to set up and/or strengthen their urban policy, following the principles of the Urban Agenda for the EU

Cities are better positioned at national and EU level

Cities have an increased opportunity to be involved and have their voices heard on urban matters within national and European policy-making.

A more integrated approach to urban development

The complexity of urban challenges requires integrating policy aspects which make interventions in cities more effective.

Stronger urban dimension of Cohesion Policy

More than 5% earmarked of the total ERDF is being spent in cities to implement integrated urban strategies. The Commission proposal for post-2020 entails increased urban earmarking of 6%, a new policy objective 'Europe closer to citizens', and a European Urban Initiative.

Sustainable Development Goals

International urban commitments are on the agenda. The UN Habitat New Urban Agenda is delivered through the Urban Agenda for the EU.

More cities act at EU and global level

The Urban Agenda for the EU has engaged almost 100 cities, contributing to actions addressing global, European and national urban challenges.

Direct access to European urban data and knowledge

The European Commission has made urban data and knowledge more accessible for cities, through the one-stop-shop for cities, URBIS, the Urban Agenda for the EU website and the Urban Data Platform.



ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG
17 ZIELE, DIE UNSERE WELT VERÄNDERN



Was folgt daraus für die Städte und Gemeinden und für die Rahmensetzung durch Bund und Länder?

Einige Thesen

These 1

Die großen Herausforderungen der Zeit, Klimaschutz und Klimaanpassung, soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt müssen auch und gerade auf kommunaler Ebene bewältigt werden.

- Kommunen müssen befähigt werden, die großen Zukunftsaufgaben zu bewältigen.
- Rechtlich verzichtbare Schranken für kommunales Handeln müssen aufgegeben und die Gestaltungsmöglichkeiten vereinfacht und erweitert werden.
- Angemessene Finanzausstattung, die auch Kommunen mit hoher Schuldenlast eine Bewältigung der genannten Erfordernisse ermöglicht.

These 2

Die Ausgangsbedingungen in den Städten und Gemeinden unterscheiden sich eklatant. Die Entwicklung außerhalb der wachsenden Regionen steht unter anderen Vorzeichen als die der Ballungsräume.

- Nicht das Flächenangebot und die Preisentwicklung sind hier das Problem, sondern die fehlende Nachfrage und Dynamik.
- Die in den wachsenden Städten genutzten Hebel zur kooperativen Entwicklung greifen hier nicht oder nur eingeschränkt.
- Anreize schaffen, Unterstützung (know how und Geld), die Menschen mitnehmen.

These 3

Städte und Gemeinden sind im Wesentlichen gebaut.

- Die sich aus den Erfordernissen des Klimaschutzes (Dekarbonisierung, Suffizienz der Infrastruktur, Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, Kreislaufwirtschaft) und der Klimaanpassung (Schwammstadt, Grüne und Blaue Infrastruktur, Dreifache Innenentwicklung) ergebenden Entwicklungs- und Transformationsaufgaben betreffen vor allem den Siedlungsbestand.
- Erforderlich sind Bindungen und Durchsetzungsinstrumente nicht nur im Neubau, sondern auch für den Gebäudebestand (z.B. Anknüpfen an Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen).

These 4

Der Umbau des Bestandes ist die zentrale Aufgabe des nächsten Jahrzehnts und bedarf verbesserter Anreize, Unterstützungsangebote und einer effektiveren Instrumentierung.

- Erweiterung und Erleichterung hoheitlicher Handlungsoptionen (Ankaufsoptionen, Bauverpflichtungen) als Hintergrund für vorrangig kooperative Strategien.
- Sanierungs- und Stadtumbaumaßnahmen stärken.
- Städtebauförderung noch besser auf die Transformationsaufgaben ausrichten und in der Höhe angemessen ausstatten sowie in der Handhabung weiter flexibilisieren.

These 5

Soziale Gerechtigkeit als Verfassungsauftrag und als Grundlage für den Zusammenhalt bleibt eine große Herausforderung.

- Dies zeigt sich vor allem in den prosperierenden Städten an der Wohnungsfrage. Auch künftig müssen sich Verkäufer*innen, Busfahrer*innen, Krankenpfleger*innen, Polizist*innen eine Wohnung auch in diesen Städten leisten können.
- Eine Verdrängung von Mitbürger*innen mit geringen oder mittleren Einkommen an die Peripherie mit immer länger werdenden Anfahrtswegen zur Arbeit ist weder sozial noch hinsichtlich der damit einhergehenden Umweltbeeinträchtigungen hinnehmbar.

These 6

Die massive und anhaltende Erhöhung der Bodenpreise wirkt sich nicht nur auf die Kosten für das Wohnen aus, sondern auch auf kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe (Schuster, Schneider, Bäcker, Friseure etc.), kleine Ladengeschäfte und Gastronomie genauso wie auf die Kosten für öffentliche Infrastruktur (Schulen, Kitas, öffentliches Grün etc.). Dies führt sukzessive zu stadtstrukturellen und sozialen Verwerfungen. Erforderlich sind

- die Einführung preisdämpfender Mechanismen für den Bodenmarkt (z.B. ertragsorientierte anstatt marktorientierte Wertbestimmung oder Grundstücksverkehrsgenehmigung für Baugrundstücke),
- eine Bodenvorratspolitik und langfristige Sicherung des Grundstücksbestands im kommunalen Eigentum.